

Die Rede von der Solidarität in der Krise ist zur Phrase geworden, eine leere Hülle des ursprünglichen Gedankens. Solidarität in der Coronapandemie heißt bis heute: die fehlenden öffentlichen Leistungen und die mangelnden Konzepte selbst zu kompensieren. Solidarität bedeutet in diesem Zusammenhang Eigenverantwortung. Oder anders gesagt: alles wie immer. Die neoliberalen Maßstäbe gelten weiter. Sie sollen auch in der Krise und ihrer Bewältigung oberstes Gebot bleiben. »Ich zuerst!« Ob es um die Reihenfolge der Öffnungen ging oder die Vergabe von Impf- oder Boosterterminen bevorstand: Es setzten sich diejenigen durch, die über mehr Zeit, Wissen und Kontakte verfügen. Durch immer neue Regeln werden neue Privilegien geschaffen. So entsteht kein Gemeinschaftsgefühl.

»Solidarität wird zum Ausfallbürgen einer öffentlichen Verantwortung für die Reproduktion des Sozialen und zum mikroskopischen Schmiermittel eines gesellschaftlichen Gestaltungsregimes, das sich gerade durch seine institutionalisierte Asozialität charakterisiert«, formulierte der Soziologe Stephan Lessenich im Sommer 2020. Das klingt etwas kompliziert, trifft aber den Kern: Jeder ist seit Beginn der Pandemie auf sich gestellt, muss gleichzeitig die Angst vor der Ansteckung mit den Anforderungen des Alltags ausbalancieren. Jeder muss sich jeden Tag wieder neu aus der Überforderung herausziehen, sich mit dem eigenen Verhalten und den politischen Entscheidungen auseinandersetzen. Das bedeutet nicht für jede und jeden dasselbe. Die Überforderung spüren vor allem diejenigen, die in der Gesellschaft auch vorher schon ökonomisch und sozial benachteiligt waren. Quer durch alle gesellschaftlichen Schichten sind das vor allem Frauen. Sie arbeiten mehrheitlich in Einrichtungen und Unternehmen, die in der Pandemie besonderen Belastungen ausgesetzt sind: in Krankenhäusern, in Kindergärten und Schulen, im Einzelhandel.

Die Bundesregierung hat es nicht geschafft, während einer Zeit von zwei Jahren aus der Pandemie zu lernen. Zwei Jahre! In dieser Zeit lernt ein Kind lächeln, sitzen, krabbeln, laufen, sprechen. In zwei Jahren kann man sein Abitur ablegen und danach ein freiwilliges soziales Jahr absolvieren. Es dauerte weniger als ein Jahr, um einen komplett neuen Impfstoff gegen das Coronavirus zu entwickeln. Was hat die Politik gelernt? »Es wurden bis heute keine nachvollziehbaren, effizienten Regeln eingeführt.« So sagte es Cornelia Betsch, Professorin für Gesundheitskommunikation an der Universität Erfurt und Leiterin des »COVID-19 Snapshot Monitoring« im November 2021 in der Fernsehsendung von Anne Will. Erst fehlte es an Masken, dann an einem Testkonzept und an einer durchdachten Impfstoffbestellung, erst wurde eine Impfpflicht lange kategorisch ausgeschlossen, dann von höchster Stelle befürwortet. Obwohl Angela Merkel von Anfang an auf das Impfen als Ausweg aus der Pandemie gesetzt hatte, verlor die Kampagne nach dem ersten Andrang den Schwung. Im Spätsommer 2021 wurden Impfzentren geschlossen und kostenlose Tests abgeschafft. Erst nach dem Regierungswechsel stieg die Zahl der Impfungen wieder, weil sich viele Menschen zum dritten Mal impfen ließen, aber auch an mehr Orten Erstimpfungen angeboten wurden.

Statt von Solidarität scheint die Politik bis heute von Angst getrieben zu sein. Der Angst vor Impfgegnern, der Angst vor mehr und mehr eskalierenden Demonstrationen gegen Coronamaßnahmen und der Angst vor Stimmenverlusten bei den Wahlen. Ein bisschen hofften wohl die meisten Politiker in den zurückliegenden zwei Jahren auch, die Krise würde sich von selbst erledigen. Klassisch neoliberal sozusagen. Sie

überließen die Krise sich selbst, schickten sie in die Eigenverantwortung. Dass dabei nicht Erwachsene, sondern Kinder besonders eingeschränkt wurden, spielte keine Rolle. Kinder haben mitunter fünf Monate auf Präsenzunterricht und Freizeitbeschäftigungen verzichtet, sie müssen mit Masken den Unterricht absolvieren, regelmäßig Tests und Dauerlüften über sich ergehen lassen, während den Erwachsenen erst spät eine Testpflicht am Arbeitsplatz auferlegt wurde. Es dauerte eineinhalb Jahre, bis die Bundesregierung eine solche Regelung einführte. Auch Kinder sind, als Teil der Gesellschaft, sozusagen eigenverantwortlich. Ob und wie sie damit zurechtkommen? Glückssache.

Im Dezember 2020 entschied die Ministerpräsidentenrunde über die Schließung von Schulen und Kitas. In den Ländern mussten die Beschlüsse umgesetzt werden. Berlin schloss Schulen, hielt Kitas aber zunächst offiziell offen und bot eine sogenannte Notversorgung an. Eltern von Kitakindern bekamen einen Brief, in dem darum gebeten wurde, angesichts der steigenden Ansteckungszahlen die Kinder zu Hause zu lassen und sie nur bei »außerordentlichem Betreuungsbedarf« in die Kita zu schicken. Was sollte das heißen? Waren die Kitas auf oder zu? Was bedeutete ein außerordentlicher Betreuungsbedarf? Die Entscheidung wurde an die Eltern delegiert. Sie sollten entscheiden beziehungsweise sehen, wie sie zurechtkommen. Ein paar Tage später kritisierte die damalige SPD-Schulsenatorin Sandra Scheeres, dass die Kitas beim ersten Lockdown, im Frühjahr 2020, viel zu voll gewesen seien. Sie klang vorwurfsvoll.

Anfang Januar 2021 schloss der Berliner Senat die Kitas, nannte das aber nicht so, sondern sprach von »Notbetrieb«. Was war der Unterschied zwischen »Notversorgung« und »Notbetrieb«? Die Begriffe schienen sich gegenseitig aufzuheben. Selbst als jemand, der die Entscheidungen aus beruflichen Gründen aufmerksam verfolgte, sah ich kaum noch durch.

Nun hatten nur noch diejenigen einen Anspruch, die sich auf einer Liste mit sogenannten systemrelevanten Berufen wiederfanden – sowie Alleinerziehende und Eltern mit Kindern mit besonderem Förderbedarf. Die Liste wuchs zwischen Januar und April 2021 von 28 auf 31 Seiten an. Darauf fanden sich Berufe wie Förster oder Immobilienmakler. Ob ein Kind frühkindliche Förderung erhielt, darüber entschied die Wichtigkeit der Eltern für die Wirtschaft. Was war mit den Berufen, die nicht auf der Liste standen? Architekten zum Beispiel. Waren sie gesellschaftlich nutzlos?

Laut Berliner Bildungsprogramm ist das Ziel, dass möglichst viele Kinder in die Kita gehen. Kitas sollen nicht nur Betreuung garantieren, sondern frühkindliche Bildungseinrichtungen mit qualifiziertem Personal sein. Schon die Kleinsten sollen die ersten Schritte ihrer Bildungsbiografie professionell betreut bewältigen. Dass diese Liste der systemrelevanten Berufe eine Abkehr von den Bildungszielen einer Kindertagesstätte bedeutet, sagte die Bildungssenatorin Scheeres nicht.

Die Liste rief viel Streit und Unmut hervor. Der Aushandlungsprozess, wer in den Genuss einer Betreuung für seine Kinder kommen kann, wurde auf die Kitaleiterinnen und Eltern abgewälzt. Sie mussten in dieser Situation entscheiden, wer wichtig für die Gesellschaft ist und wer nicht, wer belastet ist und wer nicht. Gleichzeitig mussten sie die maximale Obergrenze für die Gruppen einhalten. Was für eine Überforderung. Oft blieben die Kinder zu Hause, für die der Kitabesuch besonders notwendig gewesen wäre. Der Mangel an eindeutigen, nachvollziehbaren Regeln führte zu einer aggressiven

Stimmung in vielen Einrichtungen und Misstrauen bei den Eltern. Mütter konnten es nur falsch machen: Gaben sie ihr Kind in die Kita, setzten sie Kinder und Mitarbeiter womöglich einem Risiko aus. Betreuten sie ihr Kind zu Hause, riskierten sie Ärger mit dem Chef oder den Kollegen wegen nicht erledigter Arbeiten.

Es zeigte sich ein Muster, das sich durch die gesamte Pandemiebekämpfung wie ein roter Faden zieht. Kinder haben sich solidarisch gezeigt, doch umgekehrt fragt niemand: Was schulden wir den Kindern? Stattdessen werden Kinder oft vergessen oder gar aus dem Kreis der Menschen herausdefiniert. Der damalige Außenminister Heiko Maas sagte im Juli 2021: »Wenn alle Menschen in Deutschland ein Impfangebot haben, gibt es rechtlich und politisch keine Rechtfertigung mehr für irgendeine Einschränkung.« Dass es für Kinder unter zwölf Jahren zu diesem Zeitpunkt noch keinen Impfstoff gab, kam Maas offenbar gar nicht in den Sinn. Insofern ist sein Statement exemplarisch für eine Haltung, die die Perspektive von Kindern kontinuierlich übersieht, und zwar aus der Position des überlegenen Erwachsenen heraus. Noch schärfer formulierte es Peter Dabrock, Theologe und ehemaliger Vorsitzender der Ethik-Kommission, im *Spiegel*: »Sind Kinder keine Menschen?« Dabrock fragte sich, wie man Kinder so übergehen kann: »Was ist das eigentlich? Schusselig? Naiv? Dreist? Ignorant? Empörend? Skandalös? Es ist in jedem Fall traurig und nicht nur, aber auch und gerade für Eltern: deprimierend.«

Manche reden von einer kinderfeindlichen Politik, ich glaube, die Ursachen gehen tiefer. Einen Feind nimmt man ernst, man behält ihn im Blick, man denkt ihn mit, man hält ihn in Schach. Ein Feind ist eine potenzielle Bedrohung. Kinder schaffen es nicht einmal in die Kategorie »Feind«. Was sollen Kinder für eine Bedrohung sein? In einer Welt, die alles auf seinen ökonomischen Nutzen prüft, haben Kinder wenig Bedeutung, da sie einerseits als Arbeitskräfte nicht zur Verfügung stehen, gleichzeitig aber auch als Konsumenten nicht genug Geld ausgeben. Und eine politische Stimme in Wahlen haben sie auch nicht. Welchen Rang Kinder in Deutschland haben, merkt man schon kurz nach der Geburt: Noch vor der Geburtsurkunde oder dem Kindergeldbescheid trudelt die Steueridentifikationsnummer vom Finanzamt für das Neugeborene ein. Das ist der erste Kontakt mit dem Staat, das Kind als Steuerzahler. Ansonsten sind Kinder Privatsache der Eltern.

Eltern haben versucht, die Lücken zu füllen, die die Verantwortungslosigkeit des Staats während der Pandemie gerissen hat. Sie besorgten Luftfilter für Kitas und Schulen, sie kauften Tests und Masken. Sie testeten ihre Kleinkinder freiwillig, sie organisierten privat Kinderimpfungen. Dabei handelt es sich um sogenannte Off-Label-Impfungen, bei denen Mütter und Väter die Kosten für mögliche Impfschäden zunächst hätten selbst tragen müssen. Was für ein Risiko! Aber Eltern sind das gewohnt. Viele strukturelle Probleme werden auf Einzelne übertragen, das zeigt sich vom Gesundheitswesen über das Bildungssystem bis hin zur Bekämpfung des Klimawandels. Wenn der oder die Einzelne über Erschöpfung klagt, gilt er oder sie als nicht stark genug für die zu bewältigenden Aufgaben. Diese Menschen sind einfach zu schwach, um mithalten zu können. Pech gehabt!

Wenn Mütter sich in der Pandemie beschwerten oder über die Belastungen klagten, schlugt ihnen oft Desinteresse oder Abwehr entgegen. »Meine Oma hat nach dem Krieg fünf Kinder großgezogen, einen Bauernhof geschmissen und sich nie beschwert«,

schrieb mir ein Leser im April 2021. Er reagierte damit auf eine meiner Kolumnen in der *Berliner Zeitung*, in der ich beschrieben hatte, wie es als Frau ist, Homeoffice und Kinderbetreuung zu verbinden. »Ich habe zu DDR-Zeiten drei Kinder großgezogen, rund um die Uhr in der Fabrik gearbeitet und mich in der Partei engagiert. So ein bisschen Coronaferien sind doch lachhaft«, schrieb eine Leserin. Es scheint, als sei uns die Fähigkeit verlorengegangen, Perspektiven anderer Menschen zu akzeptieren oder wenigstens als gleichwertig stehen zu lassen. Anders gesagt: Wenn jeder Bereich des Lebens nach ökonomischen Kriterien bewertet und dadurch hierarchisiert wird, dann prägt das auch den Umgang miteinander, die Sprache, die Gefühle. Wie beim Sport scheint man ständig im Wettbewerb miteinander zu stehen, es gibt rund um die Uhr Verlierer und Gewinner.

Der Sozialforscher Heinz Bude spricht in seinem Buch »Solidarität« davon, dass sich in den vergangenen Jahrzehnten der Typus des Selbstbesorgten herausgebildet hat: »Die Selbstbesorgten rücken von der Idee der Solidarität ab, weil sie darin eine Formel der Schwäche und der Abhängigkeit erkennen. Wer Solidarität fordert, kann oder will sich nicht selbst helfen.« In diesem Zusammenhang ist eine Studie der Pew Foundation interessant, die 2010 für Aufsehen sorgte. Sie belegt, dass für Studenten in den USA die Wichtigkeit von Empathie in den letzten drei Jahrzehnten merklich abgenommen hat. In der Metastudie wurden zwischen 1979 und 2009 erfasste Daten sowie Fragebögen von rund 14 000 Menschen ausgewertet, die nach Mitgefühl, Perspektivübernahme, Fantasie und persönlicher Betroffenheit gefragt worden waren. Die Studie sagt nichts darüber aus, ob Menschen einander wirklich weniger helfen, aber zeigt, dass junge Menschen, die im Zeitalter des Neoliberalismus aufgewachsen sind, eine veränderte Einstellung zu Empathie haben. Für die nächsten großen gesellschaftlichen Herausforderungen bedeutet das nichts Gutes.

Sitzen wir alle in einem Boot? Es gab am Anfang der Pandemie die Hoffnung, dass die Krise heilsame Kräfte entwickelt, damit wir wieder mehr Kontrolle über unsere zersplitterte Gesellschaft zurückgewinnen. Der Wunsch verdeckt jedoch, wie sehr unser Denken und Handeln von den Prämissen des Neoliberalismus und Individualismus dominiert wird. Jeder von uns ist längst mit einem einzelnen Boot unterwegs. Die Krise kam, als viele sich einen politischen Neuanfang wünschten und eine grundsätzlich veränderte Gesellschaft. Als wir versuchten, sie mit den althergebrachten Mitteln zu bewältigen, scheiterten wir.

LEBEN WIE EIN MANN

In Krisen zeigt sich, wie man selbst funktioniert

Meine Tochter stellte mir einmal die Frage: Mama, was machen wir morgestern? Sie meinte damit »heute«, kam aber nicht auf das Wort und schuf dabei selbst eins. Mir gefällt morgestern. Es beschreibt die Zeit, in der wir leben, eigentlich ganz gut: eine Mischung aus gestern und morgen, aus Vergangenheit und Zukunft, eine Zeit, in der die alten Regeln nicht mehr gelten, die neuen aber noch nicht etabliert sind. Das gilt auch in Bezug auf das komplexe Verhältnis von Frauen und Männern, sowohl gesellschaftlich als auch privat. Welche Macht haben Frauen? Wie frei können sie ihr Berufs- und Familienleben gestalten? Mit welchen Rollenerwartungen haben sie zu kämpfen? Das Morgestern ist eine Zeit, in der die Dinge in der Schwebelage sind, in beide Richtungen kippen können, zurück ins Gestern oder nach vorn ins Morgen.

Wie sehr ich selbst in diesem Dazwischen lebe, wie wenig alte Muster aus meinem Alltag verschwunden sind und Neues ganz und gar in ihm angekommen ist, wurde mir an einem Abend auf dem Hamburger Hauptbahnhof klar.

Es war im Herbst 2021, und ich musste über Nacht verreisen. Das musste ich vor der Pandemie öfter, es war nichts Besonderes, Routine für eine Journalistin. Als ich meine Tasche packte, stellte ich jedoch fest, dass es die erste Reise seit fast zwei Jahren war, die ich ohne meine Kinder und meinen Mann machte. Während Corona waren wir, immer dann, wenn es gerade möglich war, als Familie verreist. Allein war ich seither nicht mehr unterwegs gewesen, jedenfalls nicht über Nacht. Das hatte vor allem damit zu tun, dass Termine mit Interviewpartnern, Pressekonferenzen oder Vorstellungen von Forschungsergebnissen in der Pandemie häufig digital stattfanden und sich die journalistische Arbeit dadurch veränderte.

Ich war nervös und fühlte mich ein bisschen wie Phileas Fogg, der berühmte Held von Jules Verne. Es ging ja auch fast bis zum Mittelpunkt der Erde. Drei Stunden von Berlin nach Hamburg. Eine Reise ins Ungewisse. Jedenfalls kam es mir so vor. Die Pandemie hatte mich unsicherer – vielleicht sogar ängstlicher – gemacht.

Bevor ich aufbrach, kochte ich für die nächsten zwei Tage Essen vor und stellte die Plastikboxen in den Kühlschrank. Es fiel mir schwer, mich zu verabschieden. Es war noch früh am Morgen, meine Kinder lagen noch im Bett. Ich drückte und küsste meinen Sohn und meine Tochter. Sie murmelten nur »Tschüss, Mama« und drehten sich wieder zu ihren Kuscheltieren um. Mein Mann stand etwas schläfrig in der Tür. »Bis morgen, Sabine.« Von unzähligen Sorgen hin- und hergerissen machte ich mich auf den Weg. Es war nicht so sehr die Frage, ob sie die nächsten 24 Stunden ohne mich überstehen